Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Oehmigke & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 158. | Dresden, Mittwoch den 10. Juli 1918. | 29. Jahrg.

Ministerwechsel oder Systemwechsel?

So ist der Staatssekretär v. Kühlmann doch auf der Strecke geblieben. Mit seiner Rede am 24. Juni setzte die Krise ein. Aus der Tatsache, daß es nicht sofort zum Abgang Kühlmanns kam, wurde von mancher Seite gefolgert, daß er sich doch in seiner Stellung werde halten können. In andren Kreisen bestand jedoch die Ueberzeugung, daß die Mißstimmungen, die aus Anlaß der Rede vom 24. Juni entstanden waren, sich nicht wieder würden ausgleichen lassen. Natürlich blieben die alldeutschen Treiber jeden Tag ihr lautes Hallali gegen den ihnen bitter verhaßten Verwalter des Auswärtigen Amts.

Als die Meldung von dem Abschiedsgesuch Kühlmanns und seiner Genehmigung am Dienstag vormittag sich im Reichstage verbreitete, machte sie naturgemäß großes Aufsehen und Erregung. Ueberall wurde die Frage aufgeworfen und lebhaft erörtert, ob der Rücktritt Kühlmanns zugleich als eine Wendung in der Politik der Reichsleitung aufzufassen sei und ob politische Weiterungen erwartet werden könnten. Das Außerordentliche der neuen Situation kam alsbald darin zum Ausdruck, daß nach Eröffnung der Reichstagssitzung der Abgeordnete Ebert im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag stellte, die neue Kreditvorlage, deren Beratung auf der Tagesordnung stand, in den Haushaltsausschuß zu verweisen. „Wir haben", erklärte Ebert, „das dringende Bedürfnis, einige Fragen, die damit in engstem Zusammenhange stehen, im Ausschuß einer näheren Prüfung zu unterziehen". Graf Westarp erhob Widerspruch, aber die anderen Fraktionen unterstützten den Antrag. Es wird also zunächst im Haushaltsausschuß über den Rücktritt Kühlmanns und die politische Bedeutung des Falles eine gründliche Aussprache stattzufinden haben. Was sich aus dieser Aussprache ergeben wird, ist noch nicht mit voller Klarheit abzusehen.

Wir haben an dieser Stelle nach der vielumstrittenen Rede Kühlmanns zum Ausdruck gebracht, daß diese Rede trotz verschiedenen Unzureichendheiten in ihrem wesentlichem Inhalt ein neues Bekenntnis zum Verständigungsfrieden sei und deshalb unsre Billigung finden könne. Wir haben uns aber sofort nicht verhohlen, daß Kühlmann bei der Darlegung seiner Anschauungen Wendungen gebrauchte, durch die er sich nur allzusehr den Ausnutzungsmanövern seiner alldeutschen Gegner ausspielte. Seine Rede wurde als matt und mutlos ausgegeben; sie sei geeignet, die Stimmung des Volkes, statt sie zu beleben, niederzudrücken; sie entspreche nicht dem, was angesichts der schweren Kämpfe im Westen nötig ist. Es war aber auch weiterhin ein Mangel in dem Verhalten Kühlmanns, daß er von seiner Absicht, diese Rede zu halten, niemand, auch nicht die Mehrheitsparteien des Reichstags, unterrichtet hat. Wir Sozialdemokraten hielten uns aber lediglich an den Inhalt der Rede und traten um so lebhafter für Kühlmann ein, je greller der alldeutsche Chorus ihn umheulte. Wir traten für ihn ein nicht um der Person willen, sondern wegen seiner Stellung zur Friedensfrage, die uns zwar nicht genügte, aber doch einigermaßen unsren Forderungen entsprach. Der Sozialdemokratie folgend haben dann auch die Fortschrittler und das Gros des Zentrums sich entschieden, Kühlmann nach Möglichkeit zu stützen und zu halten.

Gleichwohl ist Kühlmann zu Fall gekommen. Warum ist er gefallen? Ist er gefallen wegen der gemäßigten Friedenspolitik, die er vertritt? Oder nur wegen jener belastenden Umstände, die seine Politik allzuleicht dem Wutgeschrei der Annexionisten preisgaben?

Im Lokal-Anzeiger wird folgende Darstellung über den Rücktritt Kühlmanns gegeben:

„Der Reichskanzler hatte sich unmittelbar darauf, nachdem er versucht hatte, den „niederschmetternden" Eindruck der Kühlmann-Rede wenigstens einigermaßen wieder gutzumachen, ins Große Hauptquartier begeben, wo er auch heute noch weilt. Dorthin ließ er dann nach reiflicher Ueberlegung der gegenwärtigen politischen Lage Herrn v. Kühlmann nachkommen, und hier kam er nach gründlicher Aussprache mit diesem zu dem Entschluß, sich von seinem ersten politischen Mitarbeiter zu trennen. Der Rücktritt des Herrn v. Kühlmann ist also ein Akt der freien Willensentschließung des Reichskanzlers, der daraufhin — entsprechend den Vorschriften der Verfassung — beim Kaiser die Genehmigung des Entlassungsgesuches für Herrn v. Kühlmann erwirkte."

Es ist natürlich nicht von ungefähr, daß Herr v. Hertling mit nach mehrtägiger Anwesenheit im Hauptquartier zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß er sich von Kühlmann trennen müsse. So wiederholt sich in größerer Bedeutsamkeit der Vorgang vom 24. und 25. Juni, da der Reichskanzler zunächst als Nachbar der Rede Kühlmanns beiwohnte, um am folgenden Tage, nachdem mittlerweile der alldeutsche Sturm losgebrochen war, die kurze Rede zu halten, die so diplomatisch zweideutig war, daß die einen sie als Schutzrede für Kühlmann, die andern als eine Abschüttlungsrede aufgefaßt haben. Es dürften die Gespräche, die er im Hauptquartier mit den Führern hatte, den Kanzler dahin beeinflußt haben, daß er zur Trennung von Kühlmann vollzog. Zugleich aber schreibt sich der Diplomat Hertling zu der Erklärung an, daß diese Trennung eine ganz formlose Sache sei, daß eine Kursänderung nicht in Frage stehe. Im genannten Artikel des Lokalanzeigers ist bereits zu lesen, „das Verbleiben Hertlings im Amte könne und müsse als Beweis dafür dienen, daß eine Aenderung der Reichspolitik, sei es im Innern, sei es nach außen hin, nicht zu erwarten ist". Und weiter spricht das Blatt davon, daß der Kanzler seine Politik „nicht durch Entgleisungen seiner Mitarbeiter" gefährdet sehen möchte; „gerade wenn er sich mit seiner Politik durchsetzen will, muß er die Gewißheit haben, daß seine Mitarbeiter sich keine Seitensprünge erlauben. . . ."

Also: der Reichskurs soll der alte bleiben, aber Kühlmann habe sich „Entgleisungen" und „Seitensprünge" geleistet, und um deswegen sei seines Bleibens nicht mehr. Diese Darstellung ist leider nur sehr wenig dazu angetan, die erforderliche Klarheit über die Gestaltung der politischen Lage zu schaffen. Der Kurs, den Hertling verfolgt, war einmal ziemlich klar, als er sich zur Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 und zur Antwort auf die Papstnote bekannte. Aber in den neueren Monaten hat der Reichskanzler sorgfältig jede weitere Festlegung vermieden. Was aber versteht Graf Hertling unter Kühlmanns „Entgleisungen" und „Seitensprüngen"? Mit so vieldeutigen Redensarten wird in die jetzige überaus unerquickliche Situation ganz und gar nicht das erforderliche Licht gebracht.

Als Nachfolger Kühlmanns wird mit Bestimmtheit der Admiral v. Hintze, zuletzt Botschafter in Christiania genannt. Hintze wurde schon bei Jagows und Zimmermanns Abgang als Anwärter für das Auswärtige Amt genannt. Er hat oft verdächtig viel Zustimmung bei den Rechtsstehenden und Alldeutschen gehabt. Endgültig ernannt ist er bisher noch nicht. Es wäre auch ein ebenso seltsamer wie folgenreicher Vorgang, wenn die vielberufene organische Zusammenarbeit von Krone und Reichstag sich jetzt gestatten sollte, daß ein von der Mehrheit des Reichstags gebilligter Staatssekretär verschwinden muß und ein neuer Mann eingesetzt wird, ohne daß zuvor in Fühlung mit den Reichstagsparteien getreten wird. Herr v. Hertling dürfte sich erinnern, daß bei dem Beginn seiner Kanzlerschaft nicht er allein die Mehrheitsparteien des Reichstags hinter sich einigen konnte, sondern daß dabei die Auswahl seiner wichtigsten Mitarbeiter eine entscheidende Rolle spielte.

Voraussichtlich wird am Donnerstag der Haushaltsausschuß den Rücktritt des Staatssekretärs Kühlmann behandeln. Es ist nötig, daß der Reichskanzler zur Stelle ist und rückhaltslose Auskunft über die Gründe, die zum Abschied Kühlmanns geführt haben, sowie über seine Politik erteilt. Wenn der Reichskanzler der Politik treubleiben will, auf Grund deren er bisher die Unterstützung der Mehrheitsparteien erhielt, so muß er klarlegen, worin Kühlmanns sogenannte „Entgleisungen" und „Seitensprünge" gefunden werden. Was insbesondere die Sozialdemokratie angeht, so hängt sie sich gewiß nicht an eine Person, aber mit Entschiedenheit verlangt sie das Festhalten an der Verständigungspolitik. Unsre Partei wird volle Klarheit darüber verlangen, ob der Abschied Kühlmanns etwa das Einlenken in eine neue Aera der eroberungspolitischen Pläne bedeuten soll. Wäre dies irgendwie der Fall, so könnten die schwersten Folgen nicht ausbleiben. Die Kraft des deutschen Volkes in dieser unendlich furchtbaren Zeit ruht in dem Bewußtsein, daß die Schuld an der Fortdauer des Krieges bei den Gegnern liegt, die den Frieden auf ehrenvoller Basis für beide Teile bisher brutal verweigern. Unendlich verhängnisvoll und von unabsehbaren Folgen würde es sein, wenn dieses Bewußtsein durch Entgegenkommen an die Politik der Annexionisten erschüttert würde!

•

Der Reichskanzler in Berlin.

Berlin, 10. Juli. Wie wir hören, wird der Reichskanzler morgen vormittag in Berlin eintreffen, da er den Wunsch hat, mit dem Hauptausschuß des Reichstages über die politische Lage zu beraten.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 10. Juli 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Im Kemmelgebiet, an der Lys und Somme lebte die Gefechtstätigkeit in den Abendstunden auf. Nächtliche Erkundungsvorstöße des Feindes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Der Franzose setzte seine heftigen Teilangriffe fort. Südwestlich von Noyon und südlich der Aisne stieß er mehrfach mit starken Kräften vor und setzte sich in den Gehöften Porte und des Loges westlich von Autheuil sowie in alten französischen Gräben nördlich von Longpont fest. In den anschließenden Abschnitten wurde er durch Feuer abgewiesen. Bei örtlichem erfolgreichem Vorstoß westlich von Chateau-Thierry machten wir Gefangene. Rege Erkundungstätigkeit des Feindes beiderseits von Reims.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Im Sundgau brachten Stoßtrupps aus französischen Gräben nördlich von Largitzen Gefangene zurück.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen, um über die neue politische Lage, die durch die Entlassung des Staatssekretärs v. Kühlmann geschaffen ist, zu beraten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da man zunächst eine weitere Klärung durch die bevorstehende Aussprache im Hauptausschuß, die vermutlich am Freitag stattfindet, abwarten will.

•

Was wird aus Payer?

Graf Hertling hat, so schreibt das B. T., insofern korrekt zu handeln geglaubt, als er aus dem Großen Hauptquartier in einem Telegramm den Vizekanzler, Herrn v. Payer, als den Vertrauensmann der Mehrheitsparteien, über den Stand der Dinge rechtzeitig unterrichtete. Admiral v. Hintze, telegraphierte der Reichskanzler, sei für den Posten an die Spitze des Auswärtigen Amts in Aussicht genommen. Sein Verbleiben im Reichskanzleramt biete die volle Sicherheit für die Beibehaltung des jetzigen Regierungskurses, und nach einer Rücksprache mit Herrn v. Hintze habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß er auch die bisherige Politik vertreten werde. Es ist indessen noch bei jedem Systemwechsel versichert worden, der Kurs bleibe der alte, und es kam dann doch meist ganz anders. Auch innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei ist man überaus skeptisch, aber auch hier ist Zurückhaltung als Parole ausgegeben worden. In engerem Zusammenhange damit steht ja auch die Frage, ob Herr v. Payer bei einer politischen Neukonstellation im Amte bleiben kann. Wenn die Sozialdemokratie den neuen Kriegskredit ablehnen sollte, dürfte er sein Rücktrittsgesuch einreichen, denn dann wäre der Block gesprengt und Herr Payer hätte als Vertrauensmann der auseinanderfallenden Mehrheitsparteien in der Regierung keinen realen Boden mehr unter den Füßen. Einstweilen aber hat Herr v. Payer Beschlüsse persönlicher Art von dem Ergebnis der Unterredungen abhängig gemacht, die er selbst mit Herrn v. Hintze pflegen wollte. Glaubt Herr v. Payer, daß die Voraussetzungen, von denen Graf Hertling ausgegangen ist, falsch sind, so will er dann sogleich die Konsequenzen ziehen. Man darf wohl hoffen, daß auch den Parteien im Hauptausschusse oder sonst wo die Möglichkeit gegeben werden wird, ihre Meinung über die Art, wie Herr v. Kühlmann verabschiedet und Herr v. Hintze „in Aussicht genommen" wurde, auszusprechen, und das, bevor die definitive Berufung vom Monarchen vollzogen wird.

•

Die Entlassung Kühlmanns in der Presse.

Die bisher vorliegenden Stimmen der Abendblätter geben einen guten Ueberblick über die Aufnahme, die der Rücktritt Kühlmanns bei den Parteien finden wird. Am lebhaftesten wird der Abgang von Theodor Wolff im Berliner Tageblatt beklagt. Hier galt Herr v. Kühlmann mit all seinen Schwächen, Fehlern und Unklarheiten als Träger der Verständigungsidee. Die Meinung des Auslands werde nicht auszurotten sein, daß der Träger fallen muß, weil die Idee mißfiel, und wenn irgendwo in der Welt schon ein kleines Friedenslicht gebrannt hätte, so sei es nun ausgelöscht. Herr v. Hintze sei der Kandidat der Alldeutschen; auf dem Wasser und zu Lande gleich regsam und anpassungsfähig, werde er vielleicht zu anderen Zielen gehen, als sie seine Klienten (soll wohl heißen: Patrone — J. K.) ersehen. Aber vorläufig sehe man nur, wie er gekommen ist. Herr v. Kühlmann sei durch die alldeutsch-militaristisch-vaterlandsparteilichen Geister gestürzt. Kein Regen von schönen Versicherungen wasche das fort. Sein Sturz sei der Triumph der Tirpitz-Clique, der Machtpolitiker und all dessen, was damit zusammenhängt. Man solle den Triumph nicht schmälern, indem man so tue, als existiere er nicht. Die Hinterbliebenen auf den Regierungssitzen ließen sagen, ihre Politik erleide keine Veränderung. Ja, du lieber Gott, welche Politik? Der Staatssekretär, der allenfalls eine hatte, sei, weil er eine hatte, abgetan. Was bleibe?

Im schroffsten Gegensatz dazu erklärt die Tägliche Rundschau den ganzen Vorfall für eine rein persönliche Angelegenheit. Ist das nun ein „Sieg der Alldeutschen"? fragt sie und antwortet: Man muß diese vergiftende Aus- und Unterlegung von vornherein mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es handelte sich nicht, wie unterstellt wurde und wird, um den Kampf eines Systems gegen ein System. Es handelte sich und konnte sich nur handeln um die Ausschaltung eines Staatssekretärs, der in geradezu unerhörter Weise gegen den Kurs des ihm vorgesetzten, einzig verantwortlichen Kanzlers zu steuern versuchte. Es handelte sich und kann sich nur handeln um die Herstellung und Sicherstellung einer einheitlichen Willensrichtung innerhalb der Regierung, die nur möglich und denkbar ist in voller Uebereinstimmung mit dem, was Heer und Heeresführung uns zur Zeit draußen an der Front an Weltgeschichte vorleben. Kein Systemwechsel, sondern eine Systemsicherung. Der Mann Kühlmann hat sich politisch unmöglich gemacht; den Mann Kühlmann allein gilt es zu ersetzen durch jemanden, der nicht wie er, jedes politischen Niveaus bar ist. Weil dem so ist, knüpfen wir an Kühlmanns Ausscheiden keinerlei besondere Erwartungen, sei es freudiger oder unfreudiger Art. „Der Kurs bleibt der alte."

Nur Torheit und Rechthaberei, meint die Tägliche Rundschau zum Schluß, könne an diese rein persönliche Angelegenheit politische Folgen knüpfen und dadurch Schaden stiften.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180710/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG